

Wasserkraft

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1989)**

Heft 1-2: **Malville**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-585976>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Was ist seit Ende letzten Jahres punkto Wasserkraft geschehen?

Das Projekt auf der Lampertsch alp, zuhinterst im Valsertal, wurde von der einheimischen Bevölkerung abgelehnt. 96 Einsprachen, darunter eine der SES, sind gegen ein Gesuch um die Rodungsbewilligung für den Arvenwald von nationaler Bedeutung auf der Grimsel eingegangen. Bereits im September 1988 hat die SES mit einer Einsprache gegen dieses Pumpspeicherprojekt ihre grundsätzliche Kritik geäußert. (Beide Einsprachen sind bei der SES erhältlich.)

Einen Überblick über die Geschehnisse soll die nachfolgende Artikelsammlung bieten. Genauere Informationen zur Pumpspeicher-Problematik sowie zur Wasserkraftnutzung allgemein befinden sich in den aufgeführten Literaturhinweisen.

Lampertschalp: wird nicht überflutet Jugendliche Stimmberechtigte und Tourismuskreise boykottierten im bündnerischen Vals das Ansinnen der Kraftwerke Sernf-Niedererbach AG, das Gebiet der Lampertschalp mit einem Stausee unter Wasser zu setzen. Mit 253 gegen 216 Stimmen wehrte die Gemeindeversammlung das Projekt ab. Beim einzigen Traktandum der denkwürdigen Gemeindeversammlung ging es um die Frage, ob im hintersten Valsertal ein 85 Meter hoher Staumauer errichtet werden soll, um das gestaute Wasser im Winterhalbjahr aufzufangen und zu nutzen, bevor es in den bestehenden Zervrelasee fließt. Obwohl die Stromproduktion aus diesem See der Gemeinde Vals zum Status einer relativ wohlhabenden Kraftwerksgemeinde verholfen hat, wollten die Stimmberechtigten diesmal der weiteren Ausnutzung ihrer Wasserreserven einen Riegel schieben. Die Einwohnergemeinde schickte das Geschäft mit 253 befürwortenden gegen 216 verwerfende Stimmen bachab, die Bürgergemeinde mit 222 gegen 171 Stimmen. Durch das Nein der Valsler Bevölkerung zur Überflutung der Lampertschalp gewinnt ein Konkurrenzprojekt an Bedeutung, jenes der Elektrizitätswerke des Bündner Oberlandes im oberen Teil des Lugnez. Das Wasser, das für das von den Valsern abgelehnte Projekt hätte abgeführt werden sollen, wird nun möglicherweise im Paralleltal Lugnez zur Stromerzeugung genutzt. Tages-Anzeiger 13. 3. 89.

Literatur

Broggi, Mario F. & Wolf J. Reith (1984): Beurteilung von Wasserkraftprojekten aus der Sicht des Natur- und Heimatschutzes. Hrsg. EDI/Bundesamt für Forstwesen (heute: Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft).

Bundesamt für Umweltschutz (1987): Wasserentnahme aus Fließgewässern. Auswirkung vermindelter Abflussmengen auf die Pflanzenwelt. Schriftenreihe Umweltschutz, Nr. 72.

Schweizerische Greina-Stiftung (1987): Greina und der Landschaftsrappan. Zürich.

Frischnecht, Jürg (zweite, überarbeitete Auflage 1988): Wandert in der Schweiz solange es sie noch gibt. Limmat Verlag, Zürich.

Arbeitsgruppe Val Madris - Curciosa (1988): Val Madris - erschliessen, ertränken, erhalten. AG Val Madris - Curciosa, 7448 Juf.

Schuler, Kaspar: Atomstrom in die Alpen pumpen? In: Schweizer Woche, Nr. 30, 21. 7. 87, S. 32 - 37.

Cadonau, Gallus: Alptäler als AKW-Filliale? Atom-ohne Wasserkraftwerke? Atom- und Wasserkraftwerklet In: Energie + Umwelt 2/86, S. 12 - 18.

EVED/Bundesamt für Wasserwirtschaft (1983): Kleinwasserkraftwerke in der Schweiz. Teil I (1983), Teil 3 (1987).

Schweizerischer Wasserkraftverband (1987): Der mögliche Beitrag der Wasserkraft an der Elektrizitätsversorgung der Schweiz. Wasser, Energie, Luft, Heft 9, Baden.

Grimsel: 96 Einsprachen Gegen die Rodung von 47 Hektaren Wald für den 2-Milliarden-Ausbau der Grimsel-Staunlagen sind 96 Einsprachen eingegangen. Das generelle Rodungsgesuch für sämtliche Waldflächen, die dem Ausbau der Grimselanlagen weichen müssten (und höchstens teilweise an gleicher Stelle wieder aufgeforstet werden könnten), lag bis Ende Februar in den betroffenen Gemeinden auf. Der Bund, 3. 3. 89.

Alpe Palli: Kein Stausee Die Kraftwerke Brusio wollen ihre Anlagen auf der Südsseite des Berninapasses erweitern und einen besseren Ausgleich zwischen Winter- und Sommerproduktion herbeiführen. Neben der Fassung von Seitenrinnen sind in dem Projekt aus dem Jahre 1985 vergrösserte Staunlagen am Lago Bianco (Berninapass) und auf der landschaftlich reizvollen Alpe Palli am Fuss des Paligletschers vorgesehen. E + U 4/88, Seite 12.

Vertreter einer für die naturwissenschaftliche Beurteilung des Projektes eingesetzten Expertengruppe haben die ersten provisorischen Resultate der Öffentlichkeit vorgelegt. Die Fachleute sind zum Schluss gekommen, dass sich weitere Eingriffe im Gebiet der Alpe Palli nicht rechtfertigen lassen. Durch eine vergrösserte Speicherkapazität würden wertvolle Moorlandschaften und Wälder bedroht. Hingegen wird die vorgesehene Erhöhung der Staumauer am Lago Bianco auf dem Berninapass von den Experten als weniger be-

WASSER KRAFT

denklich betrachtet, vorausgesetzt, dass Rücksicht auf das Landschaftsbild und die Lebensgemeinschaft von seltenen Pflanzen und Tieren genommen wird. Zu ähnlichen Schlüssen war zuvor bereits ein Fachmann gekommen, der ebenfalls die Folgen des Kraftwerksausbaus zu untersuchen hatte. Für die Kraftwerke Brusio AG geht es nun darum abzuklären, mit welchen Konsequenzen ein Verzicht auf die Eingriffe auf der Alpe Palli verbunden wäre. Wie der Direktor des Unternehmens, Karl Heiz, erläuterte, soll schrittweise ein Projekt ausgearbeitet werden, das ebenso wirtschaftlich wie umweltverträglich ist. Bis zum Sommer 1990 soll ein neues Projekt vorliegen, dessen Umweltverträglichkeit von neuem abgeklärt werden soll. Konkretere Angaben konnten bisher von der Kraftwerksgesellschaft nicht gemacht werden. Tages-Anzeiger, 17. 12. 88.

Vorderrhein: Ems-Chemie präsentiert Kraftwerksprojekt Um die zukünftigen Energiebedürfnisse der Ems-Chemie zu decken, will der grösste Bündner Industriebetrieb das Rheinwasser zwischen Reichenau und Mastrils nützen. Dadurch könnte gut dreimal mehr Strom erzeugt werden als mit dem bestehenden betriebseigenen Kraftwerk Reichenau. Um die Nutzung des Wassers unterhalb des Zusammenflusses von Vorder- und Hinterrhein bemüht sich nicht nur die Ems-Chemie Holding mit dem Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher an der Spitze. In Konkurrenz dazu möchte die Elektrowatt im Bündner Rheintal acht Staustufen im Rhein errichten, und das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich macht sich seit langem stark für ein Projekt mit einem Aufstau des Rheinwassers bei Felsberg und einem unterirdischen Stollen nach Mastrils - ein ähnliches Vorhaben wie dasjenige der Ems-Chemie. Tages-Anzeiger, 22. 3. 89.

Pradella-Martina: Baubeschluss Der Verwaltungsrat der Engadiner Kraftwerke AG (EKW) mit Sitz in Zerneus hat einstimmig den Bau des Innkraftwerks Pradella-Martina beschlossen. Mit den Bauarbeiten soll noch in die-

sem Sommer begonnen werden. Verwaltungsratspräsident Hans Bergmaier gab diesen Beschluss an der gleichentags in Chur abgehaltenen Generalversammlung der EKW bekannt. Tages-Anzeiger, 16. 3. 89.

Wynau: Solothurner Regierung befürwortet Projekt Die Solothurner Regierung will die Konzession für den Ausbau des Aare-Wasserkraftwerks im bernischen Wynau (EWW) erteilen. Gegen das von den zuständigen Behörden im Kanton Bern (Gefällsanteil rund 75 Prozent, Kanton Solothurn rund 25 Prozent) bereits behandelte Konzessionsgesuch gingen im Kanton Solothurn 114 Einsprachen ein, davon 103 von Privatpersonen. In den meisten wird eine Ablehnung des Konzessionsgesuches aus umweltpolitischen Überlegungen verlangt. Soweit eine teilweise Gutheissung dieser Einsprachen beantragt wird, bezieht sie sich auf den von den EWW inzwischen eingereichten Kompromissvorschlag zur Mindestwassermenge (100 Kubikmeter pro Sekunde im Winter, saisonal variabel in den übrigen Jahreszeiten). Der Regierungsrat hält dafür, dass dadurch die Flusscharakteristik nicht nachteilig verändert, sondern eher verbessert werde. Die im neuen Vorschlag enthaltene Änderung gegenüber dem Konzessionsprojekt bringe eine wesentliche Verbesserung für das Fluss- und das Landschaftsbild, die Fließgeschwindigkeit und die Gewässerqualität.

Andererseits weist die Regierung darauf hin, dass die Erweiterung der Uferzonen, die Verbesserung der Wasserqualität und die Wiederherstellung des Geschiebetransports mit dem Projekt nichts zu tun haben. Langfristige Revitalisierungs- und Renaturierungsmaßnahmen an der Aare seien nicht eine Angelegenheit des Kantons Solothurn allein, sondern eine solche aller Anliegerkantone. Für die Solothurner Regierung liegt der Ausbau des Kraftwerkes Wynau auch im nationalen Interesse. Er entspreche auch dem Leitbild des Kantons Solothurn, das eine Modernisierung der Wasserkraftanlagen befürwortet. Dazu wird auf den Energiegewinn hingewiesen. Die heutige Jahresproduktion liegt bei 82 Mio. Kilowattstunden,

die künftige soll 139 Mio. Kilowattstunden erreichen, wodurch die regionale Selbstversorgung mit elektrischer Energie von heute etwa 17 Prozent auf künftig etwa 30 Prozent gesteigert werden kann. Badener Tagblatt, 21. 2. 89.

Landschaftsrappan Das Berggebiet subventioniert mit der preisgünstig erzeugten Elektrizität die finanzstarken Wirtschaftsregionen. Auf rund 450 Millionen Franken jährlich schätzt Gallus Cadonau von der Schweizerischen Greina-Stiftung allein den aus Graubünden ins Unterland fließenden Finanzbeitrag. Die Stiftung steht denn auch mit ihrer Forderung nach einem Ausgleichsbeitrag in Form eines Landschaftsrappans längst nicht mehr allein da: In der laufenden Revision des Gewässerschutzgesetzes gewinnt die Idee, Gemeinden für ihren Verzicht auf die Nutzung von Gewässern zu entschädigen, zunehmend Befürworter. Das Prinzip des Landschaftsrappans ist einfach: Für jede Kilowattstunde Elektrizität aus Wasserkraftwerken wird maximal ein Rappen erhoben. Nach Berechnungen der Greina-Stiftung würde indessen die Abgabe weit darunter liegen, denn schon ein Zehntelrappen würde jährliche Erträge von 30 bis 37 Millionen Franken erbringen. «Damit liessen sich nahezu 15 Greina-Fälle lösen», sagt Gallus Cadonau. «Der Stromkonsument würde nach unseren Berechnungen mit knapp einem Franken pro Monat den Landschaftsrappan mitfinanzieren und so zur Erhaltung der letzten frei fließenden Gewässer beitragen.» Handhabe für die Einführung des Landschaftsrappans ist die laufende Revision des Gewässerschutzgesetzes, mit der die Anpassung verschiedener anderer Bundesgesetze verbunden ist. Konkret geht es um eine Neufassung des Artikels 22 des Bundesgesetzes über die Nutzbarmachung der Wasserkraft; danach «leistet der Bund angemessene Ausgleichsbeiträge zur Erhaltung und Unterschutzstellung von schützenswerten Landschaften nationaler und überregionaler Bedeutung sowie zur Sicherstellung angemessener Restwassermengen, aufgrund der Finanzkraft der Kantone und Gemeinden. Der Bund öffnet zu diesem Zweck einen Fonds für Ausgleichsbeiträge. Er erhebt

eine Abgabe von höchstens 1 Rappen pro Kilowattstunde der in der Schweiz erzeugten Hydroelektrizität. Der Bundesrat erlässt die notwendigen Ausführungsbestimmungen und bewilligt die entsprechenden Ausgleichsbeiträge». Soweit der vorgeschlagene Gesetzestext, den der Baslerbieter FDP-Ständerat und Staatsrechtler René Rhinow zusammen mit dem CVP-Nationalrat Dumeni Columberg (Graubünden) formuliert hat und der über die Parteigrenzen hinweg Unterstützung findet. Die Chancen stehen nicht schlecht; denn sowohl die CVP wie die FDP haben sich - zumindest in ihren Pressediensten - für solche Ausgleichszahlungen ausgesprochen. Tages-Anzeiger, 6. 2. 89.

Wassernutzung: Abgeltung für Verzicht Gemeinden sollen nach dem Willen der für die Gewässerschutzvorlage zuständigen Nationalratskommission für den freiwilligen Verzicht auf Wassernutzung entschädigt werden. Ob die Steuerzahler oder die Stromkonsumenten über einen «Landschaftsrappan» zur Kasse gebeten werden, wurde vorerst offengelassen. Dem vom Ständerat arg zerpflanzten Gesetz wurden in der Frage der Restwassermengen wieder mehr Zähne eingesetzt. Die Revision des Gewässerschutzgesetzes ist ein indirekter Gegenvorschlag zu einer 1984 von Fischerei- und Umweltschutzorganisationen mit nahezu 180000 Unterschriften eingereichten Initiative zur Rettung der Gewässer, die von der Kommission nur mit knappen zehn zu acht Stimmen verworfen wurde. Das Volksbegehren verlangt einen vollständigen Schutz der übriggebliebenen Naturgewässer. Das Gesetz wurde mit 13 Stimmen oppositionslos bei 5 Enthaltungen verabschiedet, womit die Vorlage bereit ist für die Behandlung im Nationalrat. Tages-Anzeiger, 29. 4. 89.

Berichtigungen E + U 4/88, S. 16/17 Grimsel-West: Aareschlucht im Winter zweimal so viel, im Sommer halb so viel Wasser wie heute. Lampertschalp: Aktion Lampertschalp ohne Stausee, Felix Wirz, Dieltli, 70a, 9000 St. Gallen.

Matthias Gallati, 27 Jahre, Speditionskaufmann, dipl. Sozialpädagoge

Einfach ist es nicht, Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, in ein paar Sätzen das Wichtigste über mich zu erzählen. Doch ich will es versuchen:

Aufgewachsen bin ich in Wädenswil, einer Kleinstadt am Zürichsee, wo ich heute noch lebe. Während meiner Ausbildung zum Speditionskaufmann (mit Schwergewicht Seefracht-Transporte) bin ich durch die bewegte «80er»-Zeit nachhaltig beeinflusst worden: Ich entschied mich nach Abschluss der Lehre für den Einstieg in die «Selbstverwaltung». In einem Betrieb, der Umweltschutzpapier zu Büchern und Papeterieartikeln verarbeitet, fand ich eine umwelt- und sozialverträglichere Arbeit. Gleichzeitig engagierte ich mich immer häufiger auf politischer Bühne:

In der kulturpolitischen Szene von Wädenswil, die sich für neue Lebensformen und Freiräume einsetzte, erhielt ich sozusagen meine Feuerprobe. Weitere Stichworte: Rothenturm, Zivildienst-Initiative und die Atom- und Energie-Initiativen. Als Koordinator des Abstimmungskampfes im Bezirk Horgen bin ich auch erstmals im Büro der SES zwischen Stapeln von Papier gesessen.

Mir ist wichtig, eine Fragestellung immer in grösseren Zusammenhängen zu betrachten und mein Engagement danach auszurichten. Zusammen mit Freunden habe ich deshalb vor vier Jahren das Kritische Forum Zürichsee gegründet. Mit dieser, im Bezirk Horgen aktiven, grün-alternativen Gruppierung unterstreichen wir die Wichtigkeit einer Stimme, die die einzelnen Problembereiche wie Umwelterstörung, soziale Ungerechtigkeiten, Nord-Süd-Konflikt usw. in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext zu stellen vermag.

Nebst anderen Aktivitäten auf energiepolitischer Ebene versuchen wir, mit der selbstkonzipierten Wanderausstellung «Die Energiewende» den Ausstieg aus der Atomtechnologie und den Einstieg in eine umweltverträgliche Energieversorgung aufzuzeigen.

Etwa zur selben Zeit entschied ich mich, mein politisches Engagement, mittlerweile ein zentrales Element meines Lebens, zu meinem Beruf zu machen. Ich habe letztes Jahr mein Diplom als Sozialpädagoge an der Schule für Soziale Arbeit in Zürich erhalten. Die Arbeit in sozial schwierigen Milieus verlangt sehr viel Flexibilität und politisches Bewusstsein. Gerade hier scheint mir eine Betrachtungs-

weise in grösseren Zusammenhängen von zentraler Bedeutung zu sein.

Zusammenhänge versuchte ich in meiner Abschlussarbeit (in Form eines jährigen Projektes in der Praxis) aufzuzeigen: Ökopädagogische Ansätze dienen mir als Mittel, ein städtisches Kinderheim besser in das umliegende Quartier zu integrieren. Den Kindern sollte ermöglicht werden, sich auch in «ihrer» Umgebung heimischer zu fühlen.

Sie werden sich nun sicher fragen, wieso ich denn nun bei der SES «gelandet» bin? Zugeben, zwischen meiner Arbeit letzten Winter in einer Notschlafstelle in Zürich und meinem neuen Betätigungsfeld bestehen Welten. Die Wirksamkeit des Sozialtätigen zur Veränderung der Missstände habe ich allerdings als sehr gering erfahren müssen. Deshalb habe ich meine grösste Freizeitbeschäftigung jetzt zu meiner beruflichen Betätigung gemacht, ohne natürlich meinen Erfahrungshintergrund aus der sozialen Tätigkeit auszuklammern. Soziales Bewusstsein und ökologisches Denken sind für mich unzertrennlich. In diesem Sinne werde ich versuchen, meine Energie in der SES einzusetzen. Auch in diesem Falle wird Ogis BRAVO-Kampagne keine Wirkung zeigen.

Tätigkeitsbericht

Stiftungsratssitzung vom 11. April 1989 in Zürich:

Anwesend: C.U. Brunner, Ursula Mauch, Toni W. Püntener, Rosmarie Bär, Jürg Nipkow, Armin Binz, Mathias Rotach, Hansrudolf Tschudi, Jörg Hoffmann, Kari Wellinger, Lydia Trüb, Heinz Kornfeld, Matthias Gallati, Hannes Rüesch, Marie-Theres Bregy, Inge Tschernitschegg, Marcos Buser, Daniel Zehntner, Thomas Flüeler, Martin Pestalozzi (Protokoll).

Entschuldigt: Franz Jaeger, Alf Arnold, Paul Günter, Thomas Onken, This Zimmermann, Fulvio Caccia, Ruth Michel, Werner Spillmann, André Zingg, Martin Vosseler, Brigit Latif, Helmut Weissert, Oreste Ghisalba, Joan Davis, Pierre Fornallaz, Vreni Püntener-Bugmann.

Begrüssung/Jahresbericht

Der Präsident begrüsst die Anwesenden mit einem einführenden Referat über das herrschende energiepolitische Klima (Stichworte dazu: Kaiseraugst-Beerdi-gung, Zusammenbruch der Fernwärme-projekte Transwal, Fola und Forde-rung nach Grenzkostentarifen durch Kar-tellkommission, Ständeratsdebakel beim Energieartikel, absehbares Debakel beim Energienutzungsbeschluss usw.). Das SES-interne Klima ist geprägt von einer

ständigen Überlastung der vorhandenen Kapazitäten. Zu vermelden ist ein Wechsel im Sekretariat: Chudi Bürgi hat uns per Ende 1988 verlassen, Matthias Gallati wird ab Mai 1989 neu im Sekretariat mit-arbeiten. Im Hinblick auf die 1990 oder 1991 zur Abstimmung kommenden Mo-ratoriums- und Ausstiegs-Initiativen wer-den im «Umweltclub»(WWF/SGU/SBN/NFS/SES) bereits wichtige Vorar-beiten geleistet. Die SES-Pressearbeit ist erfolgreicher als auch schon. Der Mitglie-derzuwachs ist erfreulich, aber immer noch ungenügend. Folgende Projekte der SES sind speziell zu erwähnen: «Mythos Gewähr» (1988), «Stromreport» (Februar 1989), Ausstiegsbroschüre (Herbst 1989), Energiestadt (zusammen mit WWF, 1990/91), Arbeitsgruppe «Energie und Gewerbe» (1990), Mitarbeit in der Ar-beitsgruppe «Umweltverträglichkeitsprü-fung» der Umweltorganisationen (ab 1989), die bereits erwähnten beiden I-nitiativen (1990/91) und die Jahresver-sammlung vom 24. Juni 1989. Schliess-lich dankt der Präsident Inge Tscherni-tschegg und Thomas Flüeler mit einem Blumenstraus für ihren unermüdlichen Einsatz.

Jahresrechnung

Marie-Theres Bregy teilt mit, dass die Kontrollstelle die Rechnung geprüft und als in Ordnung befunden habe. Der Ver-

lust von Fr. 16852.05 liegt leicht unter dem budgetierten Verlust von Fr. 17500.-. Allein Beteiligten ist klar, dass längerfris-tig solche Verluste von der SES nicht ver-kraftet werden können. In der Diskussion zeigt sich, dass sich Conrad Brunner als Präsident und Thomas Flüeler als Ge-schäftsleiter gut ergänzen: Conrad Brun-ner bezeichnet sich selber als «krankhaf-ten Optimisten», während Thomas Flüe-ler für sich das Prädikat «gesunder Pessi-mist» in Anspruch nimmt... Die Jahres-rechnung wird einstimmig genehmigt.

Mutationen

Gemäss Statuten ist die Amtszeit im Aus-schuss auf maximal sechs Jahre begrenzt. In der Praxis haben jedoch immer wieder Mitglieder im Ausschuss auch länger mit-gewirkt, und es hat sich gezeigt, dass diese Kontinuität durchaus positiv ist. Der Ausschuss ist der Meinung, dass dies wei-terhin informell so gehandhabt werden soll, ohne dass deswegen die komplizierte Übung einer formellen Statutenrevision durchgeführt werden soll, weil die SES ih-re bescheidenen Kräfte lieber für Sachfra-gen einsetzt. Der Stiftungsrat nimmt von diesen Überlegungen des Ausschusses zu-stimmend Kenntnis.

Matthias Gallati wird einstimmig neu in den Ausschuss gewählt.